



WIR

Eigenheimer

SEIT ÜBER 30 JAHREN

IN BRANDENBURG UND BERLIN

Das Fachblatt für den Verband der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer
Brandenburg und Berlin 1990 e.V.

www.eigenheimer.de

**SONDER-
AUSGABE**

2021
GEH
WÄHLEN!

Unsere Fragen
zur Wahl.

EDITORIAL

von Dr. Friedbert Quednau, Gründungsvorsitzender des Eigenheimer-Verbandes

Liebe Mitglieder,

am 18. September, also am Samstag vor der Wahl, treffen wir uns zur Jahreshauptversammlung und zu einem 30-Jahre-Resümee der Entwicklung unseres Verbandes. Seit 30 Jahren sind wir nun schon „die in Berlin und Umgebung in Frieden in einer natürlichen Umwelt leben wollen“.

Dabei können wir uns nicht abkoppeln von dem, was um uns herum passiert. Es kann ja bekanntlich „der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem Nachbarn nicht gefällt“.

Indem In den Nachrichten „eine Katastrophe die nächste jagt“ wird das ursächliche Versagen der politischen Eliten auch in Deutschland sichtbar.

Die Wetterkapriolen aufgrund der Klimaerwärmung durch ungezügelter Nutzung fossiler Brennstoffe, Pandemien wegen ungezügelter Mobilität, Flüchtlingschaos und Kriege wegen ungezügelter Gier nach Macht und Einfluss – all das wurde von klugen Menschen seit Langem vorhergesagt. Doch alle diese Warnungen wurden von den regierenden „Wunschdenkern“ in den Wind geschlagen: Der Wunsch der Menschen nach einem sicheren guten Leben ist verständlich.

Es ist aber ein Irrglaube, die Wahrheit oder gar die Mehrung des Wohlstands sei „sicher“, wenn man bewährte Leute „nur machen lässt“.

Von jeher stellen sich Kandidaten für politische Ämter breitbeinig hin und fordern: „Schaut her und vertraut uns, denn wir führen Euch in eine glorreiche Zukunft!“ Und allzu gern glauben die Menschen den Versprechen des „Blauen vom Himmel“.

Derzeit zieren die Straßenlaternen die Fotos von Kandidaten für den Deutschen Bundestag.

Wer beim Vorbeifahren erkennen will, worum es geht, wird zum Verkehrshindernis oder gar zum Unfall-Verursacher.

Allein im Interesse der Sicherheit im Straßenverkehr müsste man dieses Überangebot an Parteienwerbung im öffentlichen Straßenraum verbieten.

Doch was verboten oder erlaubt ist, das wird in Gesetzen geregelt und die werden von den „Volksvertretern“ gemacht.

Also muss man bei einer Wahl genau „hinsehen“, wem man da seine Stimme gibt. Ist es ein Kandidat mit vernünftigen Ansichten und Ideen, oder ist es ein ideenloser Schwätzer, der auf Geheiß seiner Parteioberen nur wiederholt, was schon tausendmal gesagt wurde und nichts löst?

Wir haben per Email einen Brief an die Bundesgeschäftsstellen der etablierten Parteien geschickt und darum gebeten, Kopien dieses Briefes mitsamt der darin aufgeworfenen Fragen an alle in Berlin und Brandenburg kandidierenden Parteimitglieder weiterzuleiten.

Wir wollten sehen, wer sich über die Anliegen unserer Mitglieder wirklich Gedanken macht und kündigten an, die noch im August eingehenden Antworten zu veröffentlichen. Lesen Sie hier dazu unsere Fragen.

Noch vor „Redaktionsschluss“ dieser Zeitung wurde klar:

Die Parteizentralen haben sich geweigert, unsere Email an die einzelnen Kandidaten und Kandidatinnen weiterzuleiten.

Lesen Sie auf der Seite Z, das Wenige, was wir überhaupt als Antwort erhalten haben!

Man hat in den Parteizentralen offensichtlich kein Interesse, mit uns Eigenheimern in einen Dialog zu kommen. Man will vielmehr nur sattsam bekannte Phrasen monologisieren. Ich habe mir dazu meine Gedanken gemacht und auch Sie können daraus Schlüsse ziehen.

Ich grüße Sie bis zum Wiedersehen am 18. September in Dahlewitz als Ihr Friedbert Quednau

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Sehr geehrte Kandidatinnen und Kandidaten zum Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus!

Unsere 1990 im Land Brandenburg gegründete Selbsthilfe-Organisation zielte von Anfang an auf die Beförderung der mit Natur und Mitmenschen einvernehmlichen Nutzung von Grundstücks- und Wohneigentum.

Weil viele unserer Mitglieder in Berlin wohnen oder Grundstücke in den Außenbezirken der Stadt haben, haben wir uns später als „Verband der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer im Land Brandenburg und in Berlin 1990 e.V.“ umstrukturiert.

Unser Bemühen war nicht nur die Mitglieder-Beratung bei rechtlichen und technischen Problemen, sondern auch die Einflussnahme auf gesetzliche Regelungen, die Ursache unserer Probleme sind.

Waren es anfangs noch unzureichende Festlegungen im Einigungsvertrag, wurden es bald falsche Beschlüsse der demokratisch gewählten neuen kommunalen und Landesparlamente. Wir haben uns mit vielen Vorschlägen zu Wort gemeldet und diverse Volksinitiativen unterstützt.

Die regierenden politischen Gruppierungen aber haben das meiste von alledem im Interesse der hinter ihnen stehenden Lobbygruppierungen abgelehnt.

Stattdessen haben sie viel Zeit und Geld vergeudet mit Projekten, die nicht in unserem Interesse sind.

ÜBER 30 JAHRE FÜR SIE DA:

Ihr Verband der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer Brandenburg und Berlin 1990 e.V.

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Das Zustandekommen unserer Ärgernisse folgt immer dem gleichen Schema:

1.

Unsere Politiker initiieren nach ihrem subjektiven Empfinden überhastet geplante Prestigeobjekte, deren Nutzen minimal und deren Kosten enorm hoch sind.

Willfähige Abgeordnete segnen das alles ab. In unbeschreiblicher Dummheit und Arroganz glaubt man, nach Fertigstellung der Projekte für die angeblich „wegweisenden und weitsichtigen Beschlüsse“ keinen Spott, sondern Lob und Dankbarkeit zu ernten.

Von der Bevölkerung vorgebrachte, die Illusion störende Einwendungen werden darum ignoriert.

Nur ganz selten zieht man wie bei der „Kreisgebietsreform“ in Brandenburg noch rechtzeitig die Reißleine und verzichtet auf ein von den betroffenen Menschen abgelehntes Machwerk.

2.

Wenn dann die Misserfolge der angeblich so wichtigen „Infrastrukturprojekte“ offensichtlich werden, machen sich die ursprünglichen Aktivisten mit hohen Pensionen „vom Acker“ und ihre Nachfolger sehen sich nicht in der Verantwortung.

In einer repräsentativen Demokratie darf man eben auch suboptimale oder extrem falsche Entscheidungen treffen, solange man dabei bestimmte Spielregeln einhält. Dummheit in politischen Gremien und in Aufsichtsräten ist nicht strafbar. Strafbar allein ist nur die Dummheit der Wähler, die Dummköpfe an die „Schalthebel der Macht“ lassen. Diese Wähler bezahlen dann mit ihrem Steuergeld.

3.

Wenn dann ein überteuertes Prestigeobjekt nach jahrelanger Verzögerung und mit eingeschränkter Qualität endlich doch noch „kleinlaut ans Netz“ geht, gibt es keine „Abschlussauswertung“.

Keiner erfährt, was die beteiligten „Volksvertreter“ aus ihren Fehlern gelernt haben und in der nächsten Wahlperiode verbessern wollen.

In einer „repräsentativen Demokratie“ treffen die Bürger weitreichende politische Entscheidungen nicht selbst, sondern überlassen dieses den gewählten Abgeordneten.

Wenn die Bevölkerung die falschen Leute wählt, wird sie bestraft, indem sie 4 oder 5 Jahre lang deren Unterlassungen und falschen Entscheidungen erdulden muss. Die Gewählten selbst werden für den verschuldeten Unsinn nicht bestraft. Schlimmstenfalls müssen einige von ihnen „zurücktreten“.

Mit diesem Brief wollen wir die Meinung der in unserer Nähe agierenden Kandidaten und Kandidatinnen erfragen. Dieses ist umso mehr angebracht, als im Landkreis PM sogar gleich zwei Bewerber für das Kanzleramt kandidieren.

Wir werden unsere Fragen und die Antworten von den zu wählenden Abgeordneten in einer kurz vor der Wahl erscheinenden Sonderausgabe unserer Verbandszeitung veröffentlichen.

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto © Mario Hagen / stock.adobe.com

Stattdessen wurde ein miserabel geplantes hässliches „Angeber-Objekt“ mit schlechter Verkehrsanbindung in den märkischen Sand gesetzt.

Angesichts der schon lange vorhersehbaren ökologisch bedingten Beschränkung des Passagieraufkommens war auch ohne Pandemie von Anfang an klar: Wo und wie dieser Hauptstadtflughafen gebaut wurde, wird er jährliche Milliardensubventionen erfordern.

1. HAUPTSTADTFLUGHAFEN BER

Das „krasseste“ Erlebnis unserer Verbandsmitglieder war, wie inmitten der südöstlich von Berlin gelegenen Wohn- und Erholungsgebiete auf Geheiß der Bundesregierung und beider Landesregierungen der neue Flughafen geplant und gebaut wurde.

Der völlig ungeeignete Standort wurde vom damaligen Bundesverkehrsminister und von den Länderchefs von Berlin und Brandenburg ohne Beteiligung der Parlamente in „Hinterzimmern“ festgelegt.

Unübertroffen ist die würdelose Verlogenheit des damaligen Ministerpräsidenten, der den Standort Schönefeld in einem Fernsehinterview noch als „unmenschlich“ be-

zeichnete und nur wenige Wochen später im „Konsensbeschluss“ ohne Erklärung seine Zustimmung gab. Unzählige Argumente sprachen dagegen, wie dieses Projekt gegen die mehr als 100.000 Einwendungen von Anwohnern und den Rat einschlägig gebildeter Wissenschaftler und Techniker „durchgepeitscht“ wurde. Obwohl extrem unmoralisch und dumm, war das alles dennoch rech-

tens. Dabei hätte man mit relativ wenig Geld beispielsweise bei Jüterbog einen am wirklichen Bedarf orientierten ostdeutschen Verkehrsknoten errichten und nach und nach bedarfsgerecht modular erweitern können.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten:

- 1. Verteidigen Sie das BER-Projekt oder stimmen Sie unserer Kritik zu?**
- 2. Sehen Sie eine realistische Möglichkeit, den BER jemals wirtschaftlich zu betreiben?**
- 3. Sind Sie der Meinung, dass in Zukunft Sachverstand, Bürgerbeteiligung und Bürgerwille einen größeren Einfluss auf politische Entscheidungen haben sollen und wie kann das geschehen?**

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto © Philipp Wiatschka/pixelio.de

2. VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG

Die Bahnverbindungen von Berlin ins Umland sind aktuell schon recht gut, aber zwischen den brandenburgischen Regionen untereinander sehr schlecht.

Wer beispielsweise aus Blankenfelde-Mahlow und Zossen nach Königs Wusterhausen, zur Kreisverwaltung nach Luckenwalde oder in die Landeshauptstadt Potsdam will, muss den zeitaufwendigen Umweg über Berlin nehmen.

Dabei könnte man schnelle Verbindungen über den Berliner Außenring einrichten und an den Kreuzungspunkten mit geringen Kosten Umsteigemöglichkeiten schaffen.

Dabei könnte man schnelle Verbindungen über den Berliner Außenring einrichten und an den Kreuzungspunkten mit geringen Kosten Umsteigemöglichkeiten schaffen.

Bei den gegenwärtigen Bauarbeiten an der Dresdener Bahn werden diese Möglichkeiten nicht berücksichtigt.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten:

1. Stimmen Sie zu, dass die gegenwärtig vorangetriebenen Berliner Verkehrsprojekte hauptsächlich den Interessen der Hauptstadtbewohner dienen?
2. Haben Sie schon einmal über kürzere Bahnverbindungen im gesamten Verkehrsverbund nachgedacht?
3. Welche konkreten Verbesserungen halten Sie für möglich und Unterstützenswert?

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto © S. Herrmann & F. Richter/pixabay.de

3. UMWELTSCHUTZ

Durch das Gebiet, in dem unsere Mitglieder wohnen, führt die Bundesautobahn A 10, deren Südteil einer der am stärksten strapazierten Verkehrswege Europas ist.

In der rechten Spur bilden riesige Lastzüge stundenlang lückenlose Ketten und transportieren Waren von Litauen bis Portugal quer durch Europa. Die Verkehrsdichte wird immer größer und reparaturbedingte Sperrungen immer häufiger.

Wer im Bundestag von der Verringerung diverser Schadstoffkonzentrationen redet, wird unglaublich, wenn man den Fernlastverkehr nicht endlich zurück auf die Schiene bringt.

Nicht die Konzentration der Schadstoffe an bestimmten Orten belastet unsere Gesundheit und das Weltklima, sondern deren Integral über die allen Menschen gemeinsame Atmosphäre.

Es braucht keine Verbote, aber Umweltzerstörung muss ihren abschreckenden Preis haben.

Konzentrationsgrenzwerte nützen wenig, zumal insbesondere Immissionen von unverbranntem Kohlenwasserstoff aus Autos und Flugzeugen nach BImSchG nicht unmittelbar, sondern nur über deren Feinstaubanteil begrenzt sind.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten: Werden Sie sich ernsthaft einsetzen für

1. Wirksame Erhöhung des CO₂-Preises, so dass ein wirklicher Ansporn zur Einsparung von Benzin und Diesel entsteht?
2. Im Gegenzug Abschaffung der KFZ-Steuer für alle sparsamen Autos?
3. Gerechte Besteuerung von Flugbenzin nach CO₂-Preis?
4. Erhöhung von Flughafenengebühren, so dass Inlandflüge unökonomisch werden?
5. Aufbau eines Netzes von quer durch Europa schnellfahrenden LKW-Transportzügen?
6. Tempobegrenzung auf Autobahnen?
7. Wirksamen Schutz vor den klimabedingt zwangsläufig zunehmenden Naturkatastrophen?

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto©Ro Ma /pixabay.de

4. BÜROKRATIE

Deutschland ist eines der bürokratischsten Länder der Erde.

Woanders herrschen Diktatoren – bei uns herrschen Ordnung und deren Hüter, die Bürokraten. Also muss man bei uns unnütze Formulare ausfüllen und dann lange warten.

Im Ausland reicht man einen Geldschein über den Tresen und die Sache geht ihren Gang.

Wir Deutschen nennen das verächtlich „Korruption“, es sei denn ein Bundestags-Abgeordneter kassiert für Vermittler- oder Beraterdienste ein fürstliches Honorar.

Um Bürokrat zu werden, muss man zuerst einmal 2 linke Hände haben

und darum weder zum Arzt, Krankenpfleger, Lehrer, Techniker (oder einer entsprechenden ...in) taugen. Dann kann man nur noch kontrollieren, ob andere einen Antrag richtig gestellt haben.

Wer es dabei weit bringt, darf selbst Antragsformulare entwerfen oder gar Regeln aufstellen, was beim Entwurf von Antragsformularen alles zu beachten ist.

Deutsche Verwaltungen sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Bürokraten. Ein Musterbeispiel von Bürokratie ist das deutsche Steuerrecht. Das muss so kompliziert sein, dass eine ganze Horde von Beratern davon leben kann.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten:

1. Werden Sie sich ernsthaft einsetzen für Vereinfachung und mehr Steuergerechtigkeit?
2. Haben Sie sich schon einmal mit den Entwürfen zur Grundsteuerreform befasst?
3. Können Sie an konkreten Beispielen erklären, was das BVG an der noch geltenden Regelung rügte und wie fern die geplanten neuen Bestimmungen Verbesserungen erwarten lassen?
4. Haben Sie vielleicht bemerkt, dass das geplante neue Verfahren der Grundsteuerberechnung im Land Brandenburg im Grunde immer noch das alte ist, die gänzlich überflüssige Mitwirkung der Finanzämter weiterhin erfordert und nur wenige Begriffe ausgetauscht werden?
5. Stimmen Sie mit uns darin überein, dass es nicht darauf ankommt, Vermögen zu besteuern, sondern durch ausreichend hohe Spitzensteuersätze und Schließen von Schlupflöchern zu verhindern, dass diese überhaupt so riesig anwachsen können?

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto©pixabay.de

Weil diese Verkehrswege auch nach der Erschließung Eigentum der Kommune bleiben, handelt es sich bei diesen Beiträgen um unverzinsliche tilgungsfreie Zwangskredite der anliegenden Eigentümer an die Kommune.

5. GRUNDSTÜCKS-RECHT

In den 30 Jahren seines Bestehens war die Rechtsberatung zu allen möglichen Fragen um Haus und Grundstück ein Tätigkeitsschwerpunkt unseres Verbandes.

Selten ging es dabei um Baurechts-Streitigkeiten mit den Nachbarn oder die kommunale Verwaltung. Meistens ging es um Geld, dass wir Eigenheim- und Grundstücksbesitzer an diverse von Staat oder Kommune begünstigte Einrichtungen, Verbände oder Betriebe zahlen sollten.

Beispielsweise ist es bis heute rechtens, wenn eine Kommune ohne Absprache mit den betroffenen Bürgern unnötige oder überteuerte

Abwasseranlagen, Straßenbaumaßnahmen usw. in Auftrag gibt und dem Bürger nachträglich in Rechnung stellt. Nur Formfehler führen dazu, dass die unnützen Kosten von der Allgemeinheit, d.h. letztlich langfristig von allen Steuerzahlern übernommen werden.

Im Land Brandenburg wehren sich die etablierten Parteien gegenwärtig mit vereinten Kräften und Scheinargumenten gegen die Initiative der Freien Wähler, nach den Beiträgen zur kontinuierlichen Straßensanierung nun auch die Kosten der Umwandlung von Sandwegen in erschlossene Straßen über die kommunalen Haushalte zu finanzieren.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten: Stimmen Sie zu,

- 1. dass erschlossene Straßen auch von Mietern, Dienstleistern und beliebige Passanten genutzt werden und es darum ungerecht ist, die Erschließungskosten nur auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke umzulegen?**
- 2. dass der Wegfall der Erschließungsbeiträge für die Kommunen kein finanzielles Problem bedeutet, weil sie sich das Geld ja problemlos über Grund- und Gewerbesteuer zurückholen können?**

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto©Jens Neumann/pixabay.de

Man müsste zivilrechtlich Schadensersatz einklagen und das wäre hoffnungslos. Zum Schluss hat man einen Schaden in fünfstelliger Höhe. Wohnungsgesellschaften mit ihren vielen Mietwohnungen haben damit kein besonderes Problem. Da ist das finanzielle Risiko in die Miete eingepreist und wird von den anderen „solventen anständigen Mietern“ mit bezahlt.

Zu all diesen Fragen gibt es kaum noch Medienberichte und schon gar keine Debatten im Bundestag!

6. MIET-RECHT

Unsere Mitglieder nutzen ihre Häuser und Grundstücke fast alle selbst. Nur wenige haben ein Mehrfamilienhaus, ein Haus mit vermieteter Einliegerwohnung oder ein verpachtetes Erholungsgrundstück. Wohnungen im selben Haus werden ursprünglich von Kindern oder anderen engen Familienangehörigen genutzt und werden nach deren Auszug fremdvermietet.

Wer dabei unerwartet an einen „Problemmieter“ gerät hat mehr als nur 1 Problem. Man sieht es diesen Leuten nicht an, wenn man mit ihnen einen Mietvertrag abschließt.

Aus den „ursprünglich netten jungen Leuten“ werden in kurzer Zeit verschuldet oder unverschuldet

asoziale Menschen. Erst wenn diese dann keine Miete mehr zahlen, kann man kündigen und dann dauert es noch viele Monate, bis eine Räumungsklage Erfolg hat und man im Beisein eines Gerichtsvollziehers die verwüstete Wohnung betreten darf. Die Anwaltskosten der insolventen Mieter übernimmt der Staat. Als geschädigter Vermieter aber bleibt man auf den eigenen Anwaltskosten, den vorgestreckten Gerichtskosten, den Kosten für Gerichtsvollzieher Entrümpelung und Renovierung sitzen. Dass verärgerte Mieter kurz vor dem Auszug aus Rache noch Fliesen zerschlagen und Wasserschäden erzeugen, sind keine Straftaten.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten: Stimmen Sie zu,

1. Der Staat wälzt das Problem der Mietnomaden auf die „kleinen Wohneigentümer“ ab?

2. Jede Familie sollte die Möglichkeit haben, Wohneigentum zu erwerben?

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto © Alfred Derks/pixabay.de

Insbesondere wegen der Bestimmungen zum Datenschutz vollzieht sich dieses weit außerhalb der öffentlichen Beobachtung.

In Skandinavien kann jedermann beim Finanzamt erfahren, wer in der Nachbarschaft ein Grundstück kauft und von welchem Geld es bezahlt wird.

7. WOHNUNGSBAU

Der Bau von Wohnungen ist eine Sache des Marktes. Sonderregelungen die Nutzung von Mietwohnungen und deren Umwandlung in Eigentum lösen kein Problem. Sie verzerren im Gegenteil den Blick auf den problematischen Umgang mit den sozial Schwachen der Gesellschaft. Dass es in Deutschland angeblich zu wenig „bezahlbaren Wohnraum“ gibt, ist ein von den Medien verbreitetes Märchen.

Stattdessen gibt es 3 irriige Behauptungen, von denen man sich trennen muss:

1) In Deutschland findet jeder eine gut bezahlte Arbeit, wenn er es nur will.

2) In Deutschland hat jede Person ein Recht auf mindestens 30 qm anteilige Wohnfläche und insbesondere deutsche Kinder gehören mit Recht zu den 5 % der Welt-Kinder, die ein eigenes Zimmer beanspruchen dürfen.

3) In Deutschland sorgt eine gut organisierte Baubürokratie, dass nur Häuser bauen darf, wer genug Geld, Erfahrung und gute Nerven hat.

Wobei man mangelnde Erfahrung und Nerven auch durch Geld ausgleichen kann.

Ein besonderes Problem ist der Ankauf bebaubarer und landwirtschaftlich nutzbarer Flächen durch Spekulanten insbesondere auch aus dem Ausland.

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten: Stimmen Sie zu,

1. Das Gerede vom fehlenden bezahlbaren Wohnraum geht an der Wirklichkeit vorbei?

2. Wer arbeitet, sollte genug Geld verdienen, so dass der Erwerb von Wohneigentum nicht am Geld scheitert?

3. Die dem Datenschutz geschuldete Intransparenz von Grundstücksgeschäften dient nur bestimmten Lobbygruppen?

4. Anstelle von Wohnungsmieten sollte man Grundstückspreise und Spekulation begrenzen?

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto©Michael Schwarzenberger/pixabay.de

8. POLITISCHE KULTUR

Willi Brandt hat in seiner ersten Regierungserklärung den Slogan ausgegeben:

„Mehr Demokratie wagen!“.

Davon ist seither nichts übrig geblieben. Volksentscheide gibt es bestenfalls auf Länderebene.

Ob man einen Menschen helfen darf, seinem Leben ein selbstbestimmtes Ende zu setzen, darüber streiten sich die Ideologen im Bundestag. Wirkliche Entscheidungen zu Steuergerechtigkeit, Lobbyismus, Katastrophenschutz werden dagegen schon seit Jahren zerredet.

Die Menschen haben fast alle einen schnellen mobilen Internetzugang

und unterliegen unmittelbar aktiver und passiver Beeinflussung. Es ist darum widersinnig, wenn man Politik nur mittelbar über drohende Verluste von Wählerstimmen beeinflussen kann.

Der Unwillen der Regierungsparteien, sich auf eine kleinere Anzahl von Bundestagsmandaten zu einigen, ist skandalös. Dabei ist die Lösung des Problems mit den sogenannten Überhangsmandaten doch ganz einfach: Man muss einfach nur die Wahlkreise mitsamt Erststimmen und Direktkandidaten abschaffen. Es reichen die Landeslisten.

Dass die mit den Erststimmen gewählten Direktkandidaten die spezifischen Interessen der Wähler in

den Territorien vertreten, ist eine glatte Lüge, zumal kaum ein Wähler diese Leute überhaupt kennt. Die Regelung mit den Erststimmen ist ein ausgemachter Blödsinn, der den Bundestag im egoistischen Interesse überflüssiger Abgeordneter nutzlos aufbläht.

Besonders skandalös halten wir folgende Erfahrungen mit der Arroganz unserer Politiker:

1) Unser Verband schickte kritische Anmerkungen zur geplanten Grundsteuerreform an die zuständige Finanzministerin in Potsdam und erhielt weder eine Antwort noch eine Eingangsbestätigung.

2) Eine Bürgerinitiative sammelte in der Umgebung von Ludwigsfelde Proben von auffälligen weißen Niederschlagsrückständen. Darin wurden durch Messungen und Gutachten bestätigt hohe Konzentrationen unverbrannter Kerosinbestandteile festgestellt. Die besorgten Bürger wandten sich mit der Bitte um Aufklärung an ihren Ministerpräsidenten, die Umwelt-Ministerien des Bundes und des Landes Brandenburg und diverse Ämter und erhielten nicht einmal Eingangsbestätigungen. Schließlich schrieb man an den Herrn Bundespräsidenten. Nur dieser antwortete insofern er durch das Bundespräsidialamt sich nicht für zuständig erklären ließ.

FRAGEN ZUR WAHL

WIR FÜR SIE: OFFENER BRIEF ZUR BUNDESTAGSWAHL



Folgende Ärgernisse stellen wir zur Diskussion:



Foto@pics_kartub/pixabay.de

8. POLITISCHE KULTUR

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten: Haben Sie schon einmal nachgedacht über

1. die wirklichen Ursachen der Politikverdrossenheit der Wähler?
2. die Notwendigkeit und Chancen von Volksentscheiden auch auf Bundesebene?
3. die Unsitte von Politikern, in Interviews und Pressekonferenzen auf klar gestellte Fragen nicht kurz und bündig unmittelbar, sondern bestenfalls nach weitschweifenden Vorreden einzugehen?

4. die Unsitte, nichtssagende Thesen mit Bildern von Kandidaten an Straßenlaternen zu hängen?

5. die mögliche Abschaffung der Erststimmen und Direktkandidaten bei der Bundestagswahl?

6. die Tatsache, dass die schädlichen Auswirkungen unserer Industrie- und Verkehrspolitik auf unsere Lebensbedingungen von den Herrschenden im Interesse ihres Macht-erhalts solange geleugnet werden, bis die von Wissenschaftlern vorhergesagten Katastrophen wirklich eintreten.



Alle diese Fragen schicken wir am 11. August per Email an die Parteizentralen.

Unsere Bitte lautete:

Sehr geehrte Damen und Herren,
bitte leiten Sie den beigefügten Briefftext an die zur Wahl stehenden Kandidaten weiter!

Vielen Dank!
Friedbert Quednau

DIE ANTWORTEN

... UND SO REAGIERTEN DIE PARTEIEN

AFD Antwort vom 11.08.2021



Die AfD schickte noch am gleichen Tag eine computergenerierte Eingangsbestätigung. Danach kam nichts mehr. Hier der Wortlaut:

Sehr geehrte Dame,
sehr geehrter Herr,
liebe Freunde der Alternative für Deutschland,
wir danken Ihnen herzlich für Ihre Kontaktaufnahme und werden uns schnellstmöglich um Ihr Anliegen kümmern.
Aufgrund der hohen Zahl täglich eingehender Anfragen bitten wir Sie

um Verständnis, dass die Beantwortung Ihrer Mail unter Umständen etwas Zeit benötigt.
Wir bitten dies zu entschuldigen.
Bei Fragen zum Programm der Alternative für Deutschland oder wenn Sie sich für aktuelle Pressemitteilungen und Ereignisse interessieren, finden Sie weiterführende Informationen auf unserer Internetseite oder auf Facebook.
<https://www.afd.de/> und <https://de-de.facebook.com/alternativefuerde/>

Für den persönlichen Kontakt zur Alternative für Deutschland bei Ihnen vor Ort sowie bei Fragen zu regionalen Veranstaltungen können Sie sich auch an den jeweiligen Landesverband wenden.
Kontakte dazu finden Sie auf unserer Webseite über den Menüpunkt Partei und dort Landesverbände.
Vielen herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung unserer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Alternative für Deutschland

CDU Antwort vom 13.08.2021



Sehr geehrter Herr Quednau,
vielen Dank für Ihre Nachricht zu Wahlprüfsteinen zur diesjährigen Bundestagswahl und Ihr Interesse an unseren politischen Positionen.
Der regelmäßige Austausch zwischen gesellschaftlich relevanten Gruppen, Interessenverbänden und politischen Parteien ist uns sehr wichtig und nimmt eine zentrale Rolle in unserer politischen Arbeit ein.
In den vergangenen Wahljahren ist die Anzahl der Wahlprüfsteine, die bei uns eingegangen sind, immer weiter angestiegen. Wir freuen uns über das Engagement und das Interesse vieler Verbände, das damit zum Ausdruck gebracht wird.
Allerdings war es uns kaum noch möglich, die vielen Anfragen und die zum Teil sehr umfangreiche Fragen-

kataloge mit den vorhandenen Personalkapazitäten zu bewältigen, insbesondere wenn die Beantwortung kurzfristig erfolgen soll.
Vor diesem Hintergrund haben wir uns gemeinsam mit anderen Parteien darauf verständigt, im Bundestagswahlkampf 2021 ein geändertes Verfahren zu nutzen: Wir bitten Sie, Ihre Wahlprüfsteine an unsere Partei und unsere Kandidatinnen und Kandidaten ausschließlich über ein Online-Formular auf unserer Webseite einzureichen, auch um die Verwaltung zu erleichtern und damit den Prozess zu beschleunigen. Dieses Eingabeformular finden Sie unter www.regierungsprogramm.de/wps.
Sie können bis zu acht Fragen einreichen. Die Zeichenzahl pro Frage ist auf 300 Zeichen begrenzt.

Der Versand der Antworten erfolgt ab dem 1. Juli 2021. Zu diesem Zeitpunkt werden die Parteien ihre Wahlprogramme und Positionen für die kommende Legislaturperiode weitgehend erarbeitet und verabschiedet haben. Wir sind bestrebt, Wahlprüfsteine innerhalb von vier Wochen zu beantworten. Ihre Wahlprüfsteine können Sie bis sechs Wochen vor der Bundestagswahl einreichen, also bis zum 15. August 2021.
Wenn es einen bundesweiten Verband gibt, konzentrieren wir uns bei der Beantwortung auf dessen Fragen und verweisen Untergliederungen oder regionale Verbände darauf. Wir freuen uns auf Ihre Fragen.
Mit freundlichen Grüßen
CRM-Bürgerservice
CDU-Bundesgeschäftsstelle

DIE ANTWORTEN

... UND SO REAGIERTEN DIE PARTEIEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Antwort vom 23.08.2021



Sehr geehrte Frau Kunz, sehr geehrter Herr Quednau, vielen Dank für die Übermittlung ihrer Fragen und für das Interesse an unseren politischen Positionen. Der regelmäßige Austausch mit Zivilgesellschaft, Interessenverbänden, Nichtregierungsorganisationen und Bewegungen ist uns sehr wichtig und nimmt eine zentrale Rolle in unserer politischen Arbeit ein.

In den vergangenen Wahljahren ist die Zahl der bei uns eingehenden Wahlprüfsteine und ähnlich gearteter inhaltlicher Fragen zu Bundestagswahlen immer weiter

angestiegen. Wir freuen uns über das Engagement und das Interesse vieler Verbände, das damit zum Ausdruck gebracht wird. Allerdings war es uns kaum noch möglich, die vielen Anfragen und die z.T. sehr umfangreichen Fragenkataloge zu bewältigen, insbesondere wenn die Beantwortung kurzfristig erfolgen soll.

Vor diesem Hintergrund hatten wir uns gemeinsam mit anderen Parteien darauf verständigt, im Bundestagswahlkampf 2021 ein geändertes Verfahren zu nutzen und dies auch frühzeitig kommuniziert.

Ein Kernpunkt dieses Verfahrens ist auch, dass Wahlprüfsteine nur bis spätestens zum 15. August über ein Online-Formular eingereicht werden konnten. Daher müssen wir leider die Bearbeitung Ihrer jetzt eingereichten Fragen ablehnen. Wir bitten um Ihr Verständnis für dieses Verfahren.

Herzliche Grüße
Hans-Christian Mrowietz
Referent für Bürger*innendialog
und Wissenstransfer
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle

Bereits vor dieser offiziellen Nachricht aus der Parteizentrale der Grünen hatten Christina Schöchert und ich am Rande einer Wahlveranstaltung der Grünen ein Gespräch mit unserem „grünen Wahlkreiskandidaten“ Dr. Kalinka. Der wusste nichts von unserer Email und bat mich, sie ihm persönlich noch einmal zuzusenden.

*Lieber Herr Quednau, bitte schicken Sie mir den Fragebogen per Mail. Ich versuche dann kurz und knapp aus meiner persönlichen Sicht zu antworten. Bedenken Sie, dass ich weder Vollzeit-Politiker bin, noch einen Stab an Mitarbeitern habe, sondern dies neben Vollzeitarbeit und Wahlkampf einschieben muss. Beste Grüße und Danke für das nette Gespräch gestern!
G. Kalinka*

Am 30.08.2021 erreichte uns von Dr. Kalinka noch die nachfolgend abgedruckte Stellungnahme. Dafür herzlichen Dank an Herrn Dr. Kalinka.

Wir freuen uns auf weiterführende Gespräche und Diskussionen.

Bis zum Redaktionsschluss am 03.09. erhielten wir KEINE Antworten der folgenden Parteien:

SPD, DIE Linke, FDP, BVB/FREIE WÄHLER.

DIE ANTWORTEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort von Dr. Gerhard Kalinka Direktkandidat zur Bundestagswahl Wahlkreis 62

OFFENER BRIEF:

... **Unsere Anmerkungen zum Zustandekommen unserer Ärgernisse folgt immer dem gleichen Schema:...** (Kompletter Wortlaut der "Ärgernisse" siehe Seite 5)

„Tut mir leid, aber Ihrer Einschätzung folge ich so nicht. Sie ärgert mich regelrecht. Nach 20 Jahren Politik weiß ich, wie Politiker um Entscheidungen ringen.

Schade, dass Ihre Wahrnehmung so voller fertiger Vorurteile ist. Sie sieht nur auf die scheinbaren (und oft schlechten) Ergebnisse und reimt sich ansonsten Mechanismen zusammen. Bitte informieren Sie sich, wie Entscheidungsprozesse in unserer Demokratie erfolgen, und wer daran beteiligt ist. Dies ist kein System von einzelnen Königen, die dumm oder klug machen was sie wollen. Ein einfacher Einstieg wäre ein Engagement in Kommunalpolitik.“

In einer „repräsentativen Demokratie“ treffen die Bürger weitreichende politische Entscheidungen nicht selbst, sondern überlassen dieses den gewählten Abgeordneten. Wenn die Bevölkerung die falschen Leute wählt, wird sie bestraft, indem sie 4 oder 5 Jahre lang deren Unterlassungen und falschen Entscheidungen erdulden muss. Die Gewählten selbst werden für den verschuldeten Unsinn nicht bestraft.

Schlimmstenfalls müssen einige von ihnen „zurücktreten“.

„In einer Demokratie bekommt die Bevölkerung die Regierung, die sie verdient. Auch das ist Freiheit. Ansonsten finde ich Ihre Darstellung unterkomplex und ehrenrührig. Schade.“

**Thema: Hauptstadtflughafen BER
Verteidigen Sie das BER-Projekt oder stimmen Sie unserer Kritik zu?**

„Leider ist dies keine sachliche Kritik. Dabei gibt tatsächlich viel zu kritisieren: Raumordnung, Bedarf von Flügen in Zeiten des Klimawandels, aktiver und passiver Schallschutz, Finanzierung. Der BER wird bei weitem zu viel kosten, aber nicht "jährliche Milliardensummen".“

Sehen Sie eine realistische Möglichkeit, den BER jemals wirtschaftlich zu betreiben?

„Nein und diesen Anspruch erhebt niemand. Ein Flughafen ist ein Infrastrukturprojekt (wie eine Straße), die isoliert betrachtet nie wirtschaftlich sein wird. Aber als Infrastruktur ist sie Teil eines größeren Pakets, das Mobilität möglich macht, hier europäisch und global. Dies ist Voraussetzung für viele nachgelagerte wirtschaftliche Tätigkeiten (Firmen, Tourismus,...), die in der Summe auch wieder Steuern ins Staatsäckel spülen. Ein Industriegebiet braucht eine Straße dahin. Die Straße selbst ist nicht "wirtschaftlich", aber notwendig dafür, dass das Gebiet brummt und Steuern abwerfen kann.“

Sind Sie der Meinung, dass in Zukunft Sachverstand, Bürgerbeteiligung und Bürgerwille einen größeren Einfluss auf politische Entscheidungen haben sollen und wie kann das geschehen?

„Die Kommunalverfassung sieht eine Reihe direktdemokratische Instrumente vor. Ich selbst bin Sprecher der Volksinitiative gegen Nachtflug. Volksentscheide haben Vorteile, aber auch den Nachteil, dass jeder in seiner Entscheidung nur sich selbst gegenüber verantwortlich ist, während PolitikerInnen sonst grundsätzlich im Lichte der Öffentlichkeit stehen und permanent unter Rechtfertigungsdruck stehen. Jeder Bürger, jede Bürgerin kann sich in Parteien oder Wählerlisten oder als Einzelkandidat bewerben. Es gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Jede Entscheidung ist juristisch anfechtbar.“

**Thema: Verkehrsverbund
Berlin-Brandenburg**

„Das ist nicht ganz richtig.“

Der Turmbahnhof Mahlow ist durchaus in der Diskussion. Aber so simpel, wie dargestellt, ist das bei der Bahn nicht.“

Stimmen Sie zu, dass die gegenwärtig vorangetriebenen Berliner Verkehrsprojekte hauptsächlich den Interessen der Hauptstadtbewohner dienen?

„Ja, dafür sind die Berliner (!) Verkehrsbetriebe da. Die Stadt versinkt im Stau, das ist in Brandenburg noch (!) nicht ganz so. Auch in Brandenburg werden S-Bahnlinien erweitert und Regionalbahnen bestellt.“

Wegen der schieren Größe der Fläche und geringeren HH-Mittel ist die Mobilität allerdings nicht so komfortabel wie in Berlin. Ich bin sehr dafür, auch die Mobilität durch ÖPNV in Brandenburg zu stärken. Die Schiene kann aber nur ein Teil davon abdecken.“

DIE ANTWORTEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Antwort von
Dr. Gerhard Kalinka
Direktkandidat
zur Bundestagswahl
Wahlkreis 62**

Haben Sie schon einmal über kürzere Bahnverbindungen im gesamten Verkehrsverbund nachgedacht?

„Jupp. Der Bahnverkehr ist Landes- und Bundessache. Hierfür gibt es den Verkehrswegeplan, der ständig aktualisiert und erweitert wird. Komplett neue Bahnlinie zu bauen ist aus verschiedenen Gründen sehr schwer, u.a. werden gewachsenen Strukturen zerschnitten. MMn ist es besser, die bestehenden Linien zu verbessern, die Taktung zu verdichten und Querverbindungen, sofern nicht als Schiene schon angelegt, mit Bussen zu bedienen. Hierfür ist im Landkreis der Nahverkehrsbeirat zuständig, der im Rahmen der Haushaltsmittel ständig darüber nachdenkt.“

Welche konkreten Verbesserungen halten sie für möglich und unterstützenswert?

„Wir haben als Landkreis (Träger des ÖPNV) mit Hilfe einer professionellen Agentur das „Nordraumkonzept“ für den ÖPNV in Teltow-Fläming entwickelt, das eine Neuordnung der Busverbindungen, Taktung der Regionalbahnen, Rufbus-Konzepte und Weiteres (P+R, Ladeinfrastruktur, Fahrradstationen,...) vorsieht. Dies wird in den nächsten Jahren Schritt für Schritt umgesetzt.“

Sind Sie der Meinung, dass in Zukunft Sachverstand, Bürgerbeteiligung und Bürgerwille einen größeren Einfluss auf politische

Entscheidungen haben sollen und wie kann das geschehen?

„Die Kommunalverfassung sieht eine Reihe direktdemokratische Instrumente vor. Ich selbst bin Sprecher der Volksinitiative gegen Nachtflug. Volksentscheide haben Vorteile, aber auch den Nachteil, dass jeder in seiner Entscheidung nur sich selbst gegenüber verantwortlich ist, während PolitikerInnen sonst grundsätzlich im Lichte der Öffentlichkeit stehen und permanent unter Rechtfertigungsdruck stehen. Jeder Bürger, jede Bürgerin kann sich in Parteien oder Wählerlisten oder als Einzelkandidat bewerben. Es gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Jede Entscheidung ist juristisch anfechtbar.“

Thema: Umweltschutz

Werden Sie sich ernsthaft einsetzen für: Wirksame Erhöhung des CO-2-Preises, so dass ein wirklicher Ansporn zur Einsparung von Benzin und Diesel entsteht?

„Ja, dafür werden wir uns einsetzen. Hier setzt die Steuer an der Wurzel an. Wir werden allerdings einen größeren Teil der Steuer als Entlastung wieder an Mittel- und Geringverdiener auszahlen („Energiegeld“), um dort die Belastung zu kompensieren. Steuern alleine lösen aber kein Problem. Es muss technische Möglichkeiten geben für die enormen Transporte, die zugleich umweltschonend sind. Schienenverkehr ist nur begrenzt ausbaufähig. Es braucht keine Verbote? Dereinst wurde Blei im Benzin abgeschafft, das finde wir wohl alle sinnvoll. Feinstaub ist gefährlich, ebenso das CO2. Beides muss mit sinnvollen Maßnahmen gedämpft, bessere Technologien im Gegenzug gefördert werden.“

Im Gegenzug Abschaffung der KFZ-Steuer für alle sparsamen Autos?

„Ja. Es ist bereits jetzt schon so, dass schadstoffarme Autos steuerlich begünstigt sind (eAutos 5 Jahre steuerfrei). Ein sinnvoller Anreiz.“

Gerechte Besteuerung von Flugbenzin nach CO2-Preis?

„Gerne! Dafür braucht es aber Mehrheiten. Nicht nur in Deutschland, sondern wegen der explizit globalen Natur dieser Branche mindestens europa-, besser weltweit.“

Erhöhung von Flughafengebühren, so dass Inlandsflüge unökonomisch werden?

„Ich denke, die Ticket-Kosten für eine Flug müssen ehrlich alle Kosten und Folgekosten dieser Flüge beinhalten. Das ist mit 16 Euro nach Malle nicht gegeben. Wäre Fliegen ebenso „vollkosten-belastet“ wie die Bahn (die z.B. Trassengebühren zahlt und Steuern auf ihren Strom), wären Kurzstreckenflüge fast automatisch nicht mehr konkurrenzfähig.“

Aufbau eines Netzes von quer durch Europa schnellfahrenden LKW-Transportzügen?

„Gerne, aber der Ausbau der Schiene ist ein sehr langsames Verfahren. Dieses Verkehrsmittel ist einfach nicht beliebig skalierbar, dafür sind wir viel zu dicht besiedelt. Dazu kommt die Infrastruktur von Belade- und Entladestationen sowie der Transport der „letzten Meile“. Ich denke, eine Kombination von (ausgebauten) konventionellen Güterzügen und elektrischen LKW zzgl. Zonen für Ladetechnik (Oberleitungen o.ä.) wäre sinnvoller, als nur auf eine einzige Lösung zu setzen.“

DIE ANTWORTEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort von Dr. Gerhard Kalinka Direktkandidat zur Bundestagswahl Wahlkreis 62

Tempobegrenzung auf Autobahnen?

„Ja, habe ich kein Problem damit. Aus den USA kenne ich ein Tempolimit für alle Fahrzeuge (PKW und LKW gleich schnell), das ist sehr entspanntes Fahren! Mit meinem eAuto fahre ich ohnehin maximal 120. Da könnte wegen mir das Limit bei 130 liegen.“

Wirksamen Schutz vor den klimabedingt zwangsläufig zunehmenden Naturkatastrophen?

„Der wirksamste Schutz ist die Klimaerwärmung zu begrenzen. Das kostet. Und da werden Windräder und Solarfelder in der Landschaft stehen. „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ wird nicht funktionieren. Dazu kommen z.B. Umbau der Wälder auf robuste Mischwälder, Abbau unempfindlicher Nutzpflanzen, Verschattung der Siedlungen durch mehr hochwachsende Pflanzen, Beschränkung der exzessiven Beregnung in der Landwirtschaft (gezielte Befeuchtung), regionale Produkte, Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft uvm.“

Thema: Bürokratie

(Kompletter Wortlaut Offener Brief Seite 8)

„Sie wissen selbst, dass diese Darstellung maßlos übertrieben und persönlich übergriffig ist. Schade.“

Ein Musterbeispiel von Bürokratie ist das deutsche Steuerrecht.

Das muss so kompliziert sein, dass

eine ganze Horde von Beratern davon leben kann.

„Auch das ist eine tendenziöse und verzerrte Darstellung, die mir persönlich gar nicht gefällt. Das Steuerrecht ist deshalb so kompliziert (ja, es ist kompliziert!) weil hier sehr feinfühlig und sehr gezielt Förderung und Dämpfungen organisiert werden können. Statt Verbot einer Sache (wir hatten oben CO₂-Ausstoß) kann man es durch höhere Steuern dämpfen, während CO₂-Sparsamkeit durch Steuervergünstigungen gefördert werden. Das ist für Kinderbetreuung, Pflege, Behinderung, Krankheit, Ehrenamt, Vereinsförderung usw. usw. in ähnlicher Weise so.“

Werden Sie sich ernsthaft einsetzen für Vereinfachung und mehr Steuergerechtigkeit?

„Sie glauben, dass alleine durch Vereinfachung (Extremfall: Alle zahlen die gleiche Steuer, ob arm oder reich) Gerechtigkeit erzeugt würde? Ich nicht. Ja, man kann sicher vieles vereinfachen, aber mir sind Steueranreize lieber als plumpe Verbote.“

Haben Sie sich schon einmal mit den Entwürfen zur Grundsteuerreform befasst?

„Nein, dafür gibt es Fachleute, ich gehöre nicht dazu.“

Stimmen Sie mit uns darin überein, dass es nicht darauf ankommt, Vermögen zu besteuern, sondern durch ausreichend hohe Spitzensteuersätze und Schließen von Schlupflöchern zu verhindern, dass diese überhaupt so riesig anwachsen können?

„Ja, jeder sollte Steuern fair und nach gleichen Maßstäben Steuern zahlen, auch Amazon, Google und Apple. Das spricht aber nicht gegen „große“ Unternehmen, die große

Vermögen haben. Diese Vermögen sind in der Regel angelegt: in Maschinen, Anlagen, Infrastruktur, Patente, Fachpersonal usw. Bestimmte Entwicklungen brauchen große Strukturen um überhaupt Realität werden zu können: Elektrotechnik (Siemens, Bosch), IT- und Kommunikationstechnik (Microsoft, Apple), eMobilität (Tesla), ... Wir haben einen globalen Markt mit globalen Innovationen. Wer hier in „Garagengröße“ denkt, geht rasch unter. Globalisierung erfordert auch einen globalen Mindeststeuersatz.“

Thema: Grundstücks-Recht

Wir fragen die zu wählenden Abgeordneten: Stimmen Sie zu, dass erschlossene Straßen auch von Mietern, Dienstleistern und beliebige Passanten genutzt werden und es darum ungerecht ist, die Erschließungskosten nur auf die Eigentümer der anliegenden Grundstücke umzulegen?

„Ich bin selber Eigentümer und sehe diesen Gerechtigkeitsbegriff anders. Zu einem Haus gehört ein Fundament, Wände, Fenster, Dach... und eine ordentliche Zuwegung mit Straße Richtung Ortskern oder Hauptstraße, Zu- und Abwasser, Elektrizität, Gas, Internet,... Warum soll die Allgemeinheit zu 100% zahlen, was den Eigentümer einer Immobilie am meisten nutzt? Ja, beide Seiten haben etwas davon: Die Allgemeinheit und der Eigentümer. Beide sollen sich angemessen beteiligen. Ich sehe da keine grundlegende Ungerechtigkeit.“

DIE ANTWORTEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Antwort von
Dr. Gerhard Kalinka
Direktkandidat
zur Bundestagswahl
Wahlkreis 62**

Thema: Miet-Recht

Stimmen Sie zu: Der Staat wälzt das Problem der Mietnomaden auf die „kleinen Wohnungseigentümer“ ab?

„Mietnomaden sind ein schlimmes Problem. Viele Eigenheimbesitzer schrecken davor zurück, ihre Immobilie zu vermieten, was die Wohnraumsituation insgesamt durchaus mildern könnte. Ja, die Gesetze müssen dahingehend verändert werden, dass wirksame Maßnahmen gegen diese Nomaden möglich sind - ohne den allgemeinen Mieterschutz im Kern einzuschränken.“

Thema: Wohnungsbau

Stimmen Sie zu: Das Gerede vom fehlenden bezahlbaren Wohnraum geht an der Wirklichkeit vorbei?

„Meine Kinder und deren Freund wohnen in Berlin und berichten von den Mieten dort. Von welchen „Gerede“ sprechen sie? Bezahlbarer Wohnraum ist nicht (nur) eine Sache des Marktes bzw. privater Immobilienbesitzer, wie Sie behaupten. Es gibt eine Reihe gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften (z.B. in kommunaler Hand) sowie Genossenschaften etc. Diese Eigentumsformen sollten gefördert und ausgebaut werden, damit sie ein Gegengewicht zum privaten Immobilienmarkt bilden können. Durch monopolartige Machtstellung steigen Mieten immer weiter.“

Wer arbeitet, sollte genug Geld verdienen, so dass der Erwerb von

Wohneigentum nicht am Geld scheitert?

„Im Prinzip ja, aber das ist eine moralische Forderung in Richtung eines „Recht auf Privateigentum von Wohnraum“. Worauf soll sich dieses Recht begründen?“

Die dem Datenschutz geschuldete Intransparenz von Grundstücksgeschäften dient nur bestimmten Lobbygruppen?

„Jeder Grundstücksbesitz ist bekannt, mindestens dem Finanzamt, Amtsgericht etc. Wodurch soll der Preis fallen, wenn ich den Besitzer kenne? Worauf soll sich dieses Recht begründen? Aus dem Nummernschild Ihres Autos ist nicht für Jedermann ersichtlich, wem das Auto gehört. Gut so. Beeinflusst die Autopreise auch nicht.“

Anstelle von Wohnungsmieten sollte man Grundstückspreise und Spekulation begrenzen?

„Sie wollen Preise staatlich vorgeben? Das wird nicht klappen. Besser ist, das Angebot so zu vergrößern, dass ein fairer Markt bestehen bleibt.“

Thema: Politische Kultur

(Kompletter Wortlaut Offener Brief Seite 12/13)

„Die vorigen Aussagen sind so schräg, z.T. peinlich, dass ich sie hier nicht kommentiere.“

Haben Sie schon einmal nachgedacht über die wirklichen Ursachen der Politikverdrossenheit der Wähler?

„Ja. Habe darüber nachgedacht. Komme zu anderen Schlussfolgerungen als Sie.“

Haben Sie schon einmal nachgedacht über die Unsitte von Politikern, in Interviews und Pressekonferenzen auf klar gestellte Fragen nicht kurz und bündig unmittelbar, sondern bestenfalls nach weitschweifenden Vorreden einzugehen?

„Ja, habe auch über die Unsitte nachgedacht, dass manche Leute meinen, dass sehr komplexe Sachverhalten schlicht mit „ja“ oder „nein“ zu vermitteln wären. Im Grunde gibt es in Funk, Fernsehen und Presse viel zu wenig Raum, um Entscheidungen und Hintergrundinformationen ausreichend differenziert darzustellen. Dieses Nicht-Erklären-Dürfen könnte ein Grund für formelhafte Sprache auf Schlagzeilen-Niveau sein, was wiederum zu Verdrossenheit führen kann. Im übrigen auch bei Politikern, die sich in der Regel sehr um eine ausgewogene Entscheidung bemühen.“

Haben Sie schon einmal nachgedacht über die Unsitte, nichtssagende Thesen mit Bildern von Kandidaten an Straßenlaternen zu hängen?

„Was ist die Alternative? Ich würde mir den Aufwand auch gerne sparen. Aber soll ich komplette Wahlprogramm an Laternen hängen? Wir wissen alle, dass Plakate nicht wesentlich Inhalte transportieren, sondern zur Wahl mobilisieren sollen und zentrale Botschaften ins Gedächtnis rufen.“

Haben Sie schon einmal nachgedacht über die Unsitte, nichtssagende Thesen mit Bildern von Kandidaten an Straßenlaternen zu hängen?

„Was ist die Alternative? Ich würde mir den Aufwand auch gerne sparen. Aber soll ich komplette Wahlprogramm an Laternen hängen?“

»» WEITER AUF SEITE 20

Das Fachblatt für den Verband der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer Brandenburg und Berlin 1990 e.V.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Antwort von
Dr. Gerhard Kalinka
Direktkandidat
zur Bundestagswahl
Wahlkreis 62**

Haben Sie schon einmal nachgedacht über die mögliche Abschaffung der Erststimmen und Direktkandidaten bei der Bundestagswahl?

„Die Regionen in der Bundesrepublik sind sehr vielgestaltig. Industrie, Landwirtschaft, Stadt, Land, Nord, Süd, Ost, West... Mit der Abschaffung der Direktmandate schaffen sie die gleichmäßige regionale Vertretung ab. Nicht mit mir.“

Haben Sie schon einmal nachgedacht über die Tatsache, dass die schädlichen Auswirkungen unserer Industrie- und Verkehrspolitik

auf unsere Lebensbedingungen von den Herrschenden im Interesse ihres Machterhalts solange geleugnet werden, bis die von Wissenschaftlern vorhergesagten Katastrophen wirklich eintreten.

„Die Herrschenden sind Sie. Wählen Sie diejenigen, die wissenschaftliche Erkenntnisse anerkennen und entsprechende Maßnahme einleiten. Und nicht die, die Ihnen das blaue vom Himmel versprechen.“

UNSER FAZIT

Die Bilanz ist noch mehr ernüchternd, als gedacht. Bemerkenswert ist das „Abkommen“ von Parteien, nur auf Fragen einzugehen, die in genormter Form an die Parteioberen herangetragen werden. Was für eine Missachtung der Wähler! Dabei wollten wir gar nichts von den Parteizentralen, nur dass sie unsere Email an ihre

Kandidaten weiterleiten. Nur mit den Kandidaten vor Ort wollten wir in Kontakt kommen und erfahren, was die konkret so denken. Das in den Parteizentralen abgestimmte bekannte „Bla-Bla-Bla“ interessiert uns überhaupt nicht. Um auf unsere Fragen wenigstens ansatzweise zu reagieren, waren 2 Wochen mehr als ausreichend.

Dazu waren keinerlei Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozesse erforderlich und unsererseits auch nicht erwünscht. Ziehen wir aus alledem am Wahltag die richtigen Schlussfolgerungen. Und am 18. September können wir darüber nach meinem Griechenland-Urlaub noch einmal reden. Ihr Friedbert Quednau

Herausgeber

i.l. Bbg. und Berlin 1990 e.V.
Geschäftsstelle:

Wilhelm-Blos-Straße 2
12623 Berlin

Telefon: 030 / 565 845 27

E-Mail: info@eigenheimer.de

Büro und Postanschrift:

Verband der Eigenheim- und Grundstücksbesitzer Brandenburg und Berlin 1990 e.V.
Wilhelm-Blos-Straße 2
12623 Berlin-Mahlsdorf
Tel.: 030 / 565 845 27

Verbandsregister: VR38107B

(Berlin-Charlottenburg)
Bankverbindung:
Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ: 160 500 00, Konto: 3641021889,
BIC: WELADED1PMB,
IBAN: DE84 1605 0000 3641 0218 89

Redaktion

Ilsemarie Kunz

Layout & Gestaltung

Cornelia Aschenbrenner
www.univers-grafik.de

Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autoren verantwortlich.